

Dr. Edener über die Volkspende.

München. (Huntsprud.) Dr. Edener, der sich zurzeit hier aufhält, hatte eine Unterredung mit einem Reichstagsabgeordneten der Münchener Nachrichten, in der er u. a. betonte, vielfach herrsche die irriue Meinung, daß die Sammlung für die Juppelin-Edener-Volkspende allein in der Art durchgeführt werden sollte, wie sie bisher organisiert ist, das heißt, durch Errichtung von Sammelstellen in Zeitungen und Banken. Das ist nicht richtig. Es bestand von vornherein die Absicht, eine Sammlung zu veranstalten, an der sich das ganze Volk beteiligen sollte. Es wird beabsichtigt, jedem Spender ein Erinnerungszeichen für seine Gabe zu überreichen. So beabsichtigt man u. a., eine Nadel mit den Initialen J. E. herzustellen, die jeder erhält, der 20 Pfennig zur Sammlung beiträgt. Später von Beiträgen von 1 Mark ab erhalten eine Rosette, wer größere Beträge bringt, wird Gattungen erhalten, die die faktisierte Unterschrift Edeners tragen. In Süddeutschland ist die Organisation und die Erledigung der Formalitäten so weit gediehen, daß zwischen dem 12. und dem 15. Oktober die Volkssammlung durchgeführt werden kann. Es wird auch eine Spende der Auslandsdeutschen organisiert.

Auch über die Möglichkeit, daß die Ältesten den Bau eines Polarluftschiffes nicht genehmigen, äußerte sich Dr. Edener und zwar im Hinblick darauf, daß vielfach Kräfte laut geworden sind, was mit dem eingeleiteten Werke geschehen würde, falls man diese Genehmigung verweigert. Dr. Edener selbst glaubt, daß man den Bau des Polarluftschiffes keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde. Er hatte vor etwa 8 Tagen in Berlin eine Besprechung mit Dr. Ransau, der sich bei der Reichstagsabgeordneten für die Erstellung der Genehmigung einsetzt. Falls das Polarluftschiff nicht genehmigt werden sollte, wird das gesamte Geld in erster Linie zur Erhaltung des Luftschiffbau Juppelin in Friedrichshafen verwendet werden. Man würde sich dann damit begnügen, ein Versuchsschiff mit den Abmessungen zu bauen, die im Versailler Diktatfrieden zugelassen worden sind. Ein solches Luftschiff mit einem Fassungsvermögen von 30 000 Kubikmetern könnte dazu dienen, Probleme der praktischen Luftschiffahrt zu studieren, die bisher noch der Lösung harren.

Kredit- und Kapitalkrise.

W. Auf dem 6. deutschen Bankertag, der vom 14. bis zum 16. September in Berlin abgehalten wurde, ist die deutsche Wirtschaftskrise nicht als eine Produktions- und Absatzkrise, sondern vielmehr als eine Kredit- und Kapitalkrise bezeichnet worden. Der deutsche Kapitalbedarf wird gegenwärtig nur zum geringen Teil aus den Quellen gedeckt, die vor dem Kriege zur Verfügung standen: Ersparnisse in der inneren Wirtschaft und Gewinnteile aus Kapitalanlagen im Ausland. Daneben hat allerdings auch der unumgängliche öffentliche Aufwand der Nachkriegszeit zur Veranschärfung der Kredit- und Kapitalkrise beigetragen. Der gegenwärtige Reichskanzler Dr. Brüdermann hat das Jahreseinkommen des deutschen Volkes vor dem Kriege (und zwar auf dem gegenwärtigen Territorium) mit 37 1/2 Milliarden Goldmark veranschlagt. Zur Zeit werden es kaum mehr als 20 Milliarden Goldmark sein. Wenn von dieser Summe über 11 Milliarden für die öffentlichen Zwecke von Reich, Ländern und Gemeinden und weitere 1,5 Milliarden für soziale Zwecke verwendet werden, so ist es nicht verwunderlich, wenn das Einkommensniveau der unmittelbar und mittelbar in der Wirtschaft Tätigen so gering ist, und wenn die Sparfähigkeit noch nicht wieder recht in Fluß kommen will. Ein so geschwächtes Volk wie das deutsche kann es sich nicht leisten, 30 Prozent seines Einkommens für öffentliche Zwecke hinzugeben.

Vor einigen Jahren beschäftigte man sich im deutschen Volke viel mit der fortschreitenden „Ueberfremdung“. Diese Sorge besteht zwar heute auch noch, hat aber inzwischen doch ein etwas anderes Gesicht erhalten. Es besteht keine Aussicht, daß wir den Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft aus den früheren normalen Quellen decken. Da wir nun einmal auf ausländisches Kapitalstrom angewiesen sind, müssen wir dieses notwendige Uebel regulieren, d. h. die schädlichen Nebenwirkungen nach Möglichkeit abwachen.

Das Vorstandsmittglied der Deutschen Bank, Direktor Oskar Wassermann, hat es in seinem Referat auf dem erwähnten Bankertag als eine der wichtigsten Aufgaben des deutschen Bankgewerbes hingestellt, einen entsprechenden Teil des deutschen Nationalvermögens zu mobilisieren, d. h. durch Hinzuziehung ausländischer Kapitalistenfreie aus Anlage in Reichsdevisen zu verwandeln. Natürlich darf es sich hierbei nur um Uebergangsmassnahmen handeln. Eine fortschreitende Verpfändung unserer Produktionsapparate an das Ausland würde uns zu einer sehr traurigen Rolle verurteilen, nämlich zu der Rolle des Hauptnotleidenden bei jeder internationalen Wirtschaftskrise. Denn das Ausland würde seinen finanziellen Einfluß in der deutschen Wirtschaft ausüben, um uns bei Kapitalknappheit als erste „abzuhängen“ und bei steigendem Warenabfall von den Weltmärkten fernzubalten. Selbstverständlich kann die Krise, selbst wenn sie lediglich eine Kredit- und Kapitalkrise sein sollte, auf die Dauer nur durch Vermehrung und Verbilligung der Produktion behoben werden. Auch hier hat das deutsche Bankwesen die Möglichkeit, fördernd einzugreifen. Es muß sorgfältig erwogen, ob der von den einzelnen wirtschaftlichen Unternehmungen geforderte Kredit „notwendig“ oder nur „wünschenswert“ ist. Bis auf weiteres können nur die allernotwendigsten Kreditansprüche befriedigt werden. Der überflüssigerweise Kredit in Anspruch nimmt, ist nicht etwa ein Mann, dessen geschäftliche Tätigkeit man bewundern muß, sondern ein Bergender unersehlicher Werte und ein Saboteur des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs unseres Vaterlandes. Dr. Groll.

Die Preisentung.

W. Berlin. Im Zusammenhang mit dem Preisabbauprogramm der Reichsregierung werden am 22. d. M. die Vertreter der wirtschaftlichen Spitzenverbände zu einer gemeinsamen Beratung über die Frage der Preisentung zusammengetreten. Die Ergebnisse dieser Aussprache werden dann den wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigen.

Die Dollarkleihe der Rentenbank-Kreditanstalt.

W. Berlin. Zu der in Bank- und Börsenkreisen aufgetauchten Annahme, daß wegen des großen Erfolges der amerikanischen Anleihe der Rentenbank-Kreditanstalt eine zweite Emission gleicher Art in kürzester Zeit folgen werde, äußert die „Voss. Stg.“ an unterrichteter Stelle, im Augenblick stehe noch nichts fest, ob und wann eine solche zweite Emission vorgenommen werden wird. Vor allem wird sich das nach den Geldbedürfnissen unserer Landwirtschaft richten. Keinesfalls wird man aber in überhasteter Weise nur unter dem Eindruck des letzten Anleiheerfolges eine zweite Emission vornehmen.



Zum 70. Geburtstag des Staatsministers a. D. von Voebck. Staatsminister a. D. Engelke von Voebck, der Vorsitzende des Reichsbürgerrates, und Generalkonsul des Reichsblocks während der letzten Reichspräsidentenwahl, vollendete sein 70. Lebensjahr.

Deutschnationale Schulungswache.

W. Berlin. Am nächsten Montag beginnt eine deutschnationale Schulungswache, die bis zum Sonnabend dauern soll und eine Reihe außerordentlich interessanter Vorträge bringt. Unter anderem sprechen Reichstagsabg. Dr. Quack über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands seit der Revolution, Reichstagsabgeordneter Herr über die Aufwertung, Reichstagsabgeordneter Dr. Reichert über die neuen Handelsverträge, Reichstagsabg. Dr. Oberfahren über Steuer- und Finanzfragen, Reichstagsabgeordneter Dr. Leopold über die Sozialpolitik, Landtagsabgeordneter Professor Wiegner über Organisationsfragen, Reichstagsabgeordneter Dr. Weimann über die Reform der deutschen Volksschule, Freiherr v. Nichte über die Landwirtschaft, Dr. Beerberg über die parlamentarischen Untersuchungskommissionen, Graf Westarp über die Haltung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion berichten, Frau Anna Grete Lehmann über die Tätigkeit der preussischen Landtagsfraktion, während Professor Dr. Doehlich außenpolitische Fragen behandeln wird. Reichsinnenminister Schiele hat einen Vortrag angekündigt über das Thema „Wir in der Regierung“.

Zu den

deutschfranzösischen Vertragsverhandlungen.

W. Die französische Presse verleiht gekünstelt den Deutschen wieder einmal eine Schuld zuzuschreiben an der Verzögerung der Verhandlungen, weil nach dem Wiederzusammentritt der beiderseitigen Delegationen am 15. September nicht sofort wieder in die weiteren mündlichen Verhandlungen eingetreten, sondern diese abermals bis Mitte Oktober hinausgeschoben worden sind. Die Deutsche Delegation tritt aber keineswegs Schuld an dieser Verzögerung. Als die Verhandlungen im Juli unterbrochen wurden, war keineswegs vereinbart worden, daß die Verhandlungen am 15. September fortgeführt werden sollten, sondern nur, daß die Delegationsführer zu diesem Zeitpunkt wieder zusammentreten sollten, um die Sachlage für die Fortführung der weiteren Verhandlungen zu prüfen. Dieses Verfahren war dadurch bedingt, daß über das Zukunftskommen der französischen Zolltarifform keine Gewißheit bestand. Von der französischen Zolltarifform hängt aber der Fortgang der Verhandlungen ab. Es ist auch nicht richtig, wie die französische Presse behauptet, daß die Deutsche Delegation jetzt mit leeren Händen in Paris erschienen sei. Deutscherseits wurden vielmehr bestimmte Vorschläge gemacht. Die französische Delegation erklärte aber, daß die beteiligten Delegierten nach den Dispositionen über ihre Zeit gegenwärtig nicht zu mündlichen Verhandlungen bereit sein könnten. Die französische Delegation wünschte hiernach zunächst weitere Verhandlungen durch schriftlichen Verkehr und die Deutsche Delegation ist unter den obwaltenden Umständen auf diesen Vorschlag eingegangen. Ein deutscher Wunsch, die Verhandlungen bis Mitte Oktober zu verzögern, hat nicht vorgelegen, insbesondere war, wie wir hören, für die Dinauschiebung irgend welche politische Erwägung auf deutscher Seite nicht vorhanden.



Neueste Aufnahme Amundsen.

Amundsen befindet sich auf einer Vortragsreise durch Mitteleuropa. Während seines Aufenthaltes in Berlin veranlaßte der norwegische Gesandte ihn zu Ehren ein Bankett, bei dem auch der deutsche Außenminister Stresemann zugegen war. Prag und Wien sind die nächsten Städte, in denen er Vorträge halten wird.

25 Jahre Sächsischer Berufsschulverein.

Am 26. und 27. September dieses Jahres hält der Sächs. Berufsschulverein (S. B. V.) seine Jubiläumssitzung in Reichenbach. Die Festfeier findet im großen Saal der Albertsburg und im Dom (Konzert) statt. Musik und Probieren sollen dieser Erinnerungssitzung das Gepräge geben.

Vor nunmehr 25 Jahren wurde am 23. und 24. Mai (dem Himmelstages) 1900 der „Sächsische Fortbildungsschulverein“ in Döbeln gegründet. Unter Führung der Direktoren Bode-Weitzel und Dr. Wehner-Döbeln trauten sich schaffensfrohe und zielbewußte Männer vom S. B. V. Verein, von Leipzig, das sich des Ruhmes erfreut, das älteste Fortbildungswesen zu betreiben, — am 8. und 9. Oktober d. J. feiert Leipzig das 50jährige Bestehen der Berufsschule — am der Anstöß. In Dresden sollte die Gründungsfeier stattfinden am 3. und 4. Oktober 1900 vor sich gehen. Dieser Gründungsfeier fand aber in Dresden wenig Zustimmung, und so wurde Döbeln der erste Tagungsort. Der neue Verein blieb zunächst Abteilung des Sächs. Lehrervereins. Als Programmpunkte wurden aufgestellt: Reiner Gemeindefest erlaubt werden, das 3. Fortbildungsschuljahr wegzulassen; der Unterricht sollte überall schulpflichtig sein; Einführung der Mädchen-Fortbildungsschule. Demnach drei Programmpunkte sind reiflos erfüllt worden. Der weitere Ausbau der Fortbildungsschulen wurde ebenfalls betrieben. Die ersten hauptamtlichen Lehrer — bisher nur nebenamtlich — Heine Chemnitz 1900 an, Dresden und Leipzig folgten bald. Die bisherigen Fortbildungsschulen wurden von nun an Berufsschulen genannt. Der Sächsische Fortbildungsschulverein gab sich in Chemnitz den Namen: Sächsischer Berufsschulverein (S. B. V.).

Am 21. November 1921 wurde der Sächs. Berufsschulverein ein selbständiger Verein und beim Ministerium für Volksbildung als Vertreter der Interessen der sächsischen Berufsschullehrerschaft anerkannt. Rechtschaffen, Krankenpflege, Hauptpflicht- und Brauerberufung, Unterrichtsfragen, n. Darlehnsfragen, Zierbefragte wurden angeordnet. 1921 zählte der Verein 300, Ende 1924 aber 1500 Mitglieder in 29 Zweigvereinen.

Im Sächsischen Berufsschulverein sind die hauptamtlichen Lehrer an den sächsischen Berufsschulen reiflos zusammengeflohen. Dem geschäftsführenden Ausschuss ist es besonders zu danken, daß sämtliche sächsischen Berufsschullehrer (auch Bayern nicht noch außerhalb) zusammengeflohen sind zu einem Reichsverein. Seit 1923 hat der Sächsische Berufsschulverein seine eigenen Geschäftsräume (Dresden, Bismarckweg 12, 2. Stock), einen Vereinssekretär und Hilfspersonal.

Den Verein führen: 1920 bis 1927 Direktor Heumann-Heim, 1927 bis 1934 Direktor Götter-Heim, 1934 bis 1937 Direktor Heideck-Dresden, 1937 bis 1920 Direktor Götter-Heim, 1920 bis 1925 Direktor Heideck-Dresden, ab 1925 Oberlehrer Ing. Sachs, Aufsehen und Zweck des Vereins sind die Förderung des Berufsschulwesens und der Volksbildung im allgemeinen und Förderung der Interessen der Berufsschullehrerschaft.

Die nationale Arbeiterbewegung.

Eine für die vaterländische Arbeiterbewegung bedeutungsvolle Tagung findet am 19. und 20. September in Halle a. d. S. in den großen Sälen des Stadtschützenhauses statt. Der vor einhalb Jahren begründete Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine, der bereits 300 Vereine mit unter 100 000 Mitgliedern umfaßt, hält in dieser Zeit dortselbst seine erste Versammlung ab. Der Bundesvorsitzende, Landtagsabg. Wilh. Schmidt (Berlin), wird sprechen über „Vergesellschaftung und Arbeiter“, Reichstagsabgeordneter Direktor Leopold spricht über „Wirtschaftsnot und Arbeiterschaft“. Am Nachmittag des 20. September wird unter dem Vorantritt von etwa 60 schwarz-weiß-roten Arbeitervereinen genannter Bewegung eine Kundgebung der vaterländischen Arbeiterschaft stattfinden unter den Slogans: „Freiheit der deutschen Wirtschaft, Freiheit der deutschen Arbeit!“ — Der Reichsbund vaterländischer Arbeitervereine will eine wirtschaftliche Arbeiterbewegung auf vaterländisch-christlicher Grundlage sein, er lehnt jedoch alle Gewerkschaften als marxistisch und international ab. In einer großen Reihe von Betrieben, u. a. sogar mit der Stadt Potsdam, hat er für die Arbeiterschaft sehr beachtenswerte und erfolgreiche Verbesserungen abzuwickeln können. Er wird darum von den Gewerkschaften sehr erbittert bekämpft.

Kongress der Christlichen Gewerkschaften in Luzern.

W. Luzern. Der Dritte Internationale Kongress der Christlichen Gewerkschaften, an dem 150 Delegierte teilnehmen, wurde gestern hier unter dem Vorsitz von Schweizer-Schweiz eröffnet, der in einer Begrüßungsansprache die Trennungslinien und der sozialistischen Arbeiterschaft hervorhob. Der Kongress sprach sich einstimmig gegen den Faschismus in Italien aus, der die Gewerkschaften vernichtet und das Koalitionsrecht und die Koalitionsfreiheit gewalttätig erwidert habe. Der Bericht des Gewerkschaftssekretärs wurde genehmigt. Es wurde sodann über den Mittwochtag verhandelt, wobei von einem Delegierten die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, seitens der Gewerkschaften einen Druck auf die Regierungen auszuüben, um sie zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu veranlassen.

Sozialdemokratischer Parteitag

W. Heidelberg. Am Freitag berichtet Buchner, namens der Reichswehrkommission über den Fall des früheren Reichskanzlers Bauer. Der gegen seinen Ausschluß aus der Partei durch die Berliner Bezirksorganisation Beschwerde erhoben hatte. Das Schiedsgericht hob den Ausschluß auf und sprach Bauer frei. Gegen diesen Freispruch hatte dann die Berliner Organisation Beschwerde erhoben, mit dem Antrag, Bauer eine Rüge zu erteilen. Die Reichswehrkommission ist zu folgendem Antrag gekommen: Der Parteitag erteilt dem Genossen Bauer eine Rüge in schriftlicher Form. Von einer weitergehenden Entscheidung wird abgesehen, weil die politische Laufbahn des Genossen Bauer als abgeschlossen anzusehen ist. Die Kommission war der Ueberzeugung, daß Bauer das von der Partei in ihr gelebte Vertrauen nicht gerechtfertigt habe und sein Verhalten nicht mit den Forderungen vereinbar sei, die vom proletarisch-sozialistischen Standpunkt aus an einen Führer der Genossen gestellt werden müßten, wenn auch nach bürgerlicher Auffassung dagegen keine Einwendungen zu erheben wären. Der Vorsitzende Reis verlas ein Telegramm, worin Bauer dagegen protestiert, daß die Reichswehrkommission über ihn geurteilt habe, ohne ihn selbst anzuhören. Daraus wurde der Fall Bauer an den Parteivorstand überwiesen, mit dem Antrag, ein neues Schiedsgericht einzusetzen, das unter Anwendung Bauers entscheiden soll. Hierauf beendete Hpa. Dr. Süßerding den umfang-